

Bürgerbus kann neues Fahrzeug beschaffen

Martin Himmelheber (him)

11. April 2023



Schramberg. Einiges Bauchweh hatten die Mitglieder des Verwaltungsausschusses vor Ostern, als es um die Neuanschaffung eines Fahrzeugs für den Bürgerbusverein ging. Am Ende hob der Ausschuss aber einstimmig einen Sperrvermerk auf. Allerdings unter der Maßgabe, dass Verein und Stadtverwaltung vor dem Kauf eines neuen Dieselfahrzeugs noch einmal die Alternativen gründlich prüfen und eventuell auch ein gebrauchtes Fahrzeug anschaffen.

Fachbereichsleiterin Susanne Gwosch hatte die Ausschussmitglieder den Zustand des „in die Jahre gekommenen“ Bürgerbusses informiert (wir haben berichtet). Der Verein habe letztes Jahr einen Antrag gestellt und der Gemeinderat habe 128.000 Euro im Haushaltsplan eingestellt. Einen Förderantrag werde die Stadt noch stellen. Zwei Kostenvoranschläge habe sie durch Vertreter des Vereins prüfen lassen.

Der neu gewählte Vorsitzende des Bürgerbusvereins Eugen Göller sprach von einer „herausfordernden Aufgabe“, einen Ersatz für den bisherigen Bus zu finden. Der Gemeinderat wünschte sich ein Elektrofahrzeug. Das, so Göller, sei auf dem Markt nicht zu finden.

Der Verein wünscht nämlich ein Allradfahrzeug mit Niederflertechnik. Beide Bedingungen sind schon für konventionelle Fahrzeuge schwer zu finden. Mit Elektroantrieb sei das „nicht machbar“. Deshalb habe sich

der Verein „schweren Herzens“ entschlossen, wieder einen Verbrenner anzuschaffen, „auch wenn es weh tut“.

Enorme Reparaturkosten nicht Schuld der Fahrer

Der inzwischen sieben Jahre alte Bus habe letztes Jahr 18.000 Euro Reparaturkosten verursacht, In diesem Jahr seien schon 8 bis 9000 Euro angefallen. „Es liegt nicht an den Fahrern“, versicherte Göller, „bitte die nicht in den Fokus nehmen.“ Er werde eben von verschiedenen Fahrern gefahren und lege nur kurze Strecken zurück. Außerdem habe der Bus inzwischen 200.000 Kilometer auf dem Tacho.

Oberbürgermeisterin Dorothee Eisenlohr dankte zunächst Göller und dem Verein dafür, dass sie ihre Zeit für die Allgemeinheit einsetzten.

Alternative E-Fahrzeug

Thomas Brantner gratulierte Göller zur Wahl und dankte auch dem bisherigen Vorsitzenden Matthias Kohlhasse und dessen Vorgänger Arnold Budick für ihren Einsatz. Bei der Mitgliederversammlung habe es schon „eine intensive Diskussion“ wegen eines Elektrofahrzeugs gegeben.

Der Bürgerbus habe auch eine „soziale Komponente“, so Brantner, indem ältere Menschen miteinander ins Gespräch kämen. Der Kauf eines passenden Elektrofahrzeugs sei leider nicht möglich. Deshalb könne seine CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Er habe mehrere Mails in den vergangenen Tagen zum Thema E-Fahrzeug erhalten, versicherte Göller, aber das Internet sei geduldig. Wenn es ein Elektrofahrzeug gäbe, dann sei das jedenfalls teurer. Auf jeden Fall müsse man dann eine Schnelladestation für die Mittagspause haben, forderte er.

„Die Kröte ‚kein Elektrofahrzeug‘ ist schwer zu schlucken“, bekannte Freie-Liste-Sprecher Udo Neudeck. Derzeit laufe ein E-Bürgerbustest des Landes in mehreren Kommunen. „Wir sind knapp davor, dass sich der E-Bus durchsetzt.“ Es gebe auch barrierefreie Autos, die seien nur nicht absenkbar.

Göller erwiderte, es werde derzeit ein Prototyp getestet, der aber nicht mehr gebaut werde. Alle Bürgerbusvereine suchten nach einem E-Fahrzeug.

Angebot für 65.000 Euro

Tanja Witkowski (SPD-Buntspecht) hat ebenfalls das Internet durchforstet und ist auf mehrere Angebote gestoßen. So böte eine Firma auch gebrauchte Busse an. Ein Fahrzeug Baujahr 2021 und 20.000 Kilometer sei für 65.000 Euro zu haben. Das von der Firma Schuler der Stadt angebotene Fahrzeug sei weder ein Allradfahrzeug noch besitze es Niederflurtechnik. Für sie gebe es „noch viele offene Fragen“.

Ralf Rückert (Freie Liste) tat sich schwer mit dem Wunsch des Vereins und fragte nach einer Übergangslösung für drei Jahre etwa durch Leasing. Auch er habe sich andere Varianten angeschaut. In drei Jahren werde sich sicher der Markt entwickeln. Göller entgegnete, für geleaste Fahrzeuge gebe es keinen Zuschuss. Bei Elektrofahrzeugen müsse man die angegebenen Reichweiten mit einem Fragezeichen versehen. „Im Winter beträgt die nur 60 Prozent.“

Rückert schlug schließlich vor, die Verwaltung solle prüfen, ob es für die Übergangszeit kein gebrauchtes oder geleastes Fahrzeug gebe. Jürgen Winter (CDU) sah es ähnlich. Mit der Aufhebung des Sperrvermerks zeige der Ausschuss, dass er „voll dahinterstehe“ und überlasse es der Verwaltung und dem Verein, ein Angebot für einen gebrauchten Bus zu prüfen.